

Zukunftsforum Familie e.V.

# Grundlagen einer guten Politik für Familien





Zukunftsforum Familie e.V.

# **Grundlagen einer guten Politik für Familien**

## **Impressum**

### **Zukunftsforum Familie e.V. Grundlagen einer guten Politik für Familien**

**Herausgeber:** Zukunftsforum Familie e.V.  
**Verantwortlich:** Alexander Nöhring  
**Gestaltung/Druck:** KOMAG mbH, Berlin  
**Comic/Zeichnung:** dankegrafik & 123comics GbR

**Wir danken allen Mitgliedern für die intensive und konstruktive Debatte in der Erarbeitung dieses Papiers!**

# Inhaltsverzeichnis

---

6 Vorwort

---

8 Einleitung

---

10 Dimensionen einer guten Politik für Familien

*Gute Politik für Familien muss...*

10 ... der Vielfalt des Familienlebens gerecht werden

12 ... Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien verhindern

16 ... eine familiengerechte Infrastruktur sicherstellen

19 ... Bildungsprozesse anerkennen, unterstützen und qualitativ absichern

21 ... Voraussetzungen schaffen, die Familien Zeit füreinander ermöglichen

23 ... Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit umsetzen

25 ... den Zusammenhalt zwischen den Generationen fördern und Altersarmut abwenden

27 ... Inklusion gewährleisten

29 ... Familienplanung und Familiengründung unterstützen

---

31 Die Zukunft der Familie

---

# Vorwort

---

2002 wurde das Zukunftsforum Familie (ZFF) als eigenständiger familienpolitischer Fachverband auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Die Grundüberzeugungen der AWO, in deren Tradition wir uns bewusst stellen, sind heute aktueller denn je. Wir bekennen uns zu den Werten des Demokratischen Sozialismus: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

**„Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“**

Dieser Satz steht wie kein anderer für das Zukunftsforum Familie. Dieses weite und gleichzeitig verbindliche Verständnis von Familie, welches maßgeblich im ZFF entwickelt wurde, erfährt mittlerweile breite Zustimmung bei Verbänden, Politik und Verwaltung. Familie bedeutet für uns Grundlage menschlicher Fürsorge, Raum für gesellschaftliche Sozialisierung sowie Gemeinschaften von Menschen über Generationen hinweg, die Freud und Leid, Liebe und Auseinandersetzung, aber auch eine Menge Spaß miteinander verbinden. Familie – eine große, vielfältige und spannende Reise.

Jede Familie ist einzigartig und hat ihre eigene Geschichte, ihre eigene Art des Zusammenlebens und steht vor

ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Das Familienleben gestaltet sich dabei nicht frei von gesellschaftlichen Strukturen und Interessenlagen: Als besondere Form der Verantwortungsgemeinschaft ist die Familie durch Verfassung und Gesetze geschützt. Die Beziehungen von Familienmitgliedern untereinander sind teilweise rechtlich geregelt. Insbesondere die Verfügbarkeit von Zeit, Geld und Infrastruktur entscheidet mit darüber, wie gut es Familien gelingen kann, den Spagat zwischen individuellem Bedarf und gesellschaftlichen Ansprüchen zu meistern.

Das ZFF setzt sich deshalb für eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen ein, damit Familien ihr Leben frei gestalten können. Viele Familien werden durch ökonomische und (steuer-)rechtliche Regelungen, Vorgaben des Arbeitsmarktes, gesellschaftliche Normen und Werte oder eine unzureichende Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur zu Lebensweisen gezwungen, die ihnen widerstreben. Gleichzeitig übernehmen Familien tragende Rollen im gesellschaftlichen Zusammenleben: Sie übernehmen Sorgeverantwortung füreinander, sie stärken das gesellschaftliche Miteinander und sie erziehen und pflegen („Care“). All dieses muss ihnen – unabhängig von der gewählten Lebensform – möglich und selbstbestimmt lebbar sein.

Die Freiheit der Wahl der eigenen Lebens- und Familienform hat Grenzen: Richtschnur für die Bestimmung dieser Grenzen ist das Wohl der einzelnen Familienmitglieder. Vorrang haben dabei diejenigen, die ihre eigenen Vorstellungen schlechter als andere durchsetzen können: Meist sind dies Kinder, zu pflegende Angehörige

ge und Menschen, die sich nicht heteronormativ einordnen wollen oder können.

Das Zukunftsforum Familie versteht sich als Lobby, um die gesellschaftliche Wertschätzung von Familien jeder Form zu stärken und das Leben aller Familien zu verbessern. Wir stehen dabei auf der Seite der Familien selbst. Wir entwickeln Handlungsvorschläge auf der Basis empirischer Erkenntnisse und realitätsbezogener Analysen und lassen unsere Politik von den Vorstellungen der Familien leiten.

Auf der Grundlage unseres Wertekanons mischen wir uns ein in gesellschaftliche Debatten, politische Diskussionen und fachliche Auseinandersetzungen. Dies tun wir auch im Verbund mit anderen – in Bündnissen, Kooperationen und in strategischen Partnerschaften. Wir verstehen uns dabei als ein Verband, der nicht nur reagiert, sondern selbstständig wichtige Themenfelder identifiziert und so die Zukunft einer guten Politik für Familien vordenkt und aktiv mitgestaltet.

In der Vergangenheit ist uns dies bereits gelungen: Neben dem maßgeblich im ZFF entwickelten weiten Begriff von Familie haben wir uns früh eingesetzt für die Stärkung von Vielfalt in der Familienpolitik, für ein Mehr an Zeitsouveränität und die Weiterentwicklung der monetären Leistungen für Familien hin zu einem System, welches v.a. das gute Aufwachsen der Kinder im Blick hat: Die Kindergrundsicherung ist heute fester Bestandteil politischer Debatten und Strategien.

Zum ZFF gehören viele kleine und große Verbände, insbesondere der Arbeiterwohlfahrt aber auch darüber hinaus, Initiativen, gemeinnützige Gesellschaften, Einzelpersonen und Unternehmen. Wir verstehen uns als ein Verband vieler Mitglieder, die gemeinsam für eine gute Politik für Familien streiten. Wir freuen uns über alle, die unsere Arbeit unterstützen und ein Teil des Zukunftsforums Familie werden möchten!

# Einleitung

---

Familienleben im 21. Jahrhundert ist komplexer, anspruchsvoller und vielfältiger geworden. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Familien leben, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Die ökonomische Spaltung der Gesellschaft verstärkt sich und Flexibilisierungen in der Arbeitswelt setzen das Familienleben unter Druck. Prozesse der Individualisierung führen zu größeren Freiheiten einzelner Menschen, gleichzeitig stellen sie eine Herausforderung dar für ein solidarisches und soziales Miteinander.

Viele können ihre Familienwünsche nicht vollständig realisieren.

Mit unserer Gesellschaft werden auch die Familien älter, vielfältiger, multikultureller und mobiler. Die zunehmend digitalisierte Welt beeinflusst unser Familienleben auf vielfältige Weise. Es kommt auf die politischen, rechtlichen, institutionellen und normativen Rahmenbedingungen an, ob diese Entwicklungen Chancen oder Risiken für Familienmensen und ihr Zusammenleben darstellen.

Zur Gemeinschaft aus Vater, Mutter und leiblichen Kind(ern) treten zunehmend Familienformen wie Ein- eltern-, Patchwork-, Regenbogen- und Wahlfamilien. Dies verändert mitunter auch die Beziehungen der Familienmitglieder zueinander. Sie alle eint jedoch das Bedürfnis am Schicksal der bzw. des Anderen teilzuhaben und füreinander da zu sein. Jeden Tag übernehmen sie Verantwortung füreinander, seien es Eltern für Kinder, erwachsene Kinder für Eltern oder Erwachsene untereinander. Durch ihre Sorge füreinander füllen sie jeden

Tag das reichhaltige und für unsere Gesellschaft essentielle Familienleben aus.

Heute gehen in vielen Familien alle Erwachsenen einer Arbeit bzw. Ausbildung nach. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten aus ökonomischen wie gleichstellungspolitischen Motiven gestiegen. Parallel wächst das Interesse vieler Männer an einer aktiveren Übernahme von familiärer Sorgeverantwortung. Traditionelle Rollenverständnisse werden vielfach in Frage gestellt und es werden neue Aufgabenteilungen – innerfamiliär und beruflich – ausgehandelt. Dies alles muss mit dem hohen gesellschaftlichen Anspruch, der an Familie gestellt wird, vereinbar sein.

Auch die Arbeitswelt ist in ständiger Veränderung begriffen: Zunehmende Spezialisierung und Digitalisierung führen zu einer enormen Verdichtung von Arbeitsprozessen. Vielfach werden hohe Anforderungen an die Flexibilität von Arbeitskräften gestellt. Gleichzeitig ist es nicht mehr selbstverständlich, dass Menschen von ihrer Arbeit leben und eine Familie ernähren können.

Um das Familienleben gut gestalten zu können, brauchen Familien gute Rahmenbedingungen, die ihnen entsprechen und sie unterstützen. Dazu gehört es auch, strukturelle Rücksichtslosigkeiten zu überwinden und der Ökonomisierung familiären Lebens entgegenzutreten. Insbesondere staatliche Institutionen sind aufgefordert, diese Unterstützung bereitzustellen, ihren Auftrag für das gute Aufwachsen von Kindern ernst zu nehmen und einen effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Auch Unternehmen, Ge-

werkschaften und die Zivilgesellschaft tragen Verantwortung. Die Sorge für Kinder, aber auch für ältere oder kranke Familienmitglieder darf nicht auf den Schultern vor allem von Frauen liegen, sondern muss partnerschaftlich aufgeteilt werden – zwischen allen Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Familie und Staat sowie zwischen Familie und Gesellschaft.

## Familie darf kein Armutsrisiko sein!

Dies gilt für alle Formen familiären Zusammenlebens: Das Armutsrisiko von Kindern hängt in erheblichem Maße davon ab, ob die Eltern zusammen oder getrennt leben, wie viele Kinder Teil der Familie sind, welchen Bildungsabschluss die Eltern haben, ob die Familie Migrationshintergrund hat oder ob in der Familien Menschen mit Behinderungen leben.

Es muss allen Menschen möglich sein, familiäre Sorgeverantwortung zu übernehmen und diese selbstbestimmt auszufüllen. Dies gilt unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen, ihrem beruflichen Status, ihrer Behinderung, ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrem kulturellen und/oder ethnischen Hintergrund, ihrer sexuellen Identität oder ihrem Geschlecht.

Aus dieser Überzeugung ergibt sich unser Anspruch an eine zeitgemäße, an den Menschen und ihrer Lebenswirklichkeit orientierte gute Politik für Familien. Diese versteht sich als interdisziplinär und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um den Bedürfnissen jeder Form von Familie angemessen Rechnung zu tragen. Sie ist die Summe aller Politiken, die Familien betreffen,

unabhängig von formalen oder fachlichen Zuständigkeiten und parteipolitischen Strategien. Im Folgenden stellen wir die Grundlagen unserer Arbeit dar, die sich aus diesem Anspruch ableiten.

### Wie wir im Folgenden ausführen, muss eine gute Politik für Familien...

- ...der Vielfalt des Familienlebens gerecht werden
- ...Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien verhindern
- ...eine familiengerechte Infrastruktur sicherstellen
- ...Bildungsprozesse anerkennen, unterstützen und qualitativ absichern
- ...Voraussetzungen schaffen, die Familien Zeit füreinander ermöglichen
- ...Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit umsetzen
- ...den Zusammenhalt zwischen den Generationen fördern und Altersarmut abwenden
- ...Inklusion gewährleisten
- ...Familienplanung und Familiengründung unterstützen

Das Zukunftsforum Familie tritt dafür ein, dass alle Familien und ihre Mitglieder gut leben können.

Nicht mehr und nicht weniger ist unser Ziel!

---

# Dimensionen einer guten Politik für Familien

*Gute Politik für Familien muss...*

**... der Vielfalt des Familienlebens gerecht werden**

Familienleben ist seit jeher vielfältig und bunt. Immer mehr wird dies auch öffentlich und rechtlich anerkannt. Biologische, rechtliche und soziale Elternschaft müssen nicht mehr zwingend deckungsgleich sein. Wechselnde Modelle und Übergänge in Familienbiografien wie bspw. nach einer Trennung der Eltern sind heute Teil der sozialen Realität und auch vielfältige Lebensentwürfe älterer Menschen sind gesellschaftlich akzeptiert.

Neben der rechtlich gefassten, traditionellen Familienkonstellation mit einem verheirateten Elternpaar und leiblichen Kindern wird Familie in vielen anderen Formen gelebt, beispielsweise in Einelternfamilien, nicht ehelichen Lebensgemeinschaften oder Patchwork-, Adoptiv- und Pflege-Familien. Auch Regenbogenfamilien, Familien mit geliebter sozialer Elternschaft, Mehrgenerationenhaushalte oder multilokale Familien, die an unterschiedlichen Orten leben, stehen für die Vielfalt familiärer Lebensformen. Bestimmte Lebensformen wie zum Beispiel Regenbogenfamilien sind allerdings nach wie vor mit rechtlichen Ungleichheiten und Diskriminierungserfahrungen konfrontiert.

Familie ist heute multikultureller und internationaler: Die Zahl binationaler Familien und Familien mit Migrationserfahrung nimmt zu. Oftmals erleben diese Familien Barrieren in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe.

Menschen versuchen in Deutschland Schutz vor Krieg, Verfolgung und unmenschlichen Lebensbedingungen in anderen Regionen der Welt zu finden. Diese Menschen sind oft ebenso Teil von Familien und streben danach, ihr Familienleben in Sicherheit und Würde zu gestalten.



### Um der Vielfalt des Familienlebens gerecht zu werden, muss eine gute Politik für Familien ...

- dafür sorgen, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die gelebten Realitäten von Familien wertschätzen und unterstützen. Rechtliche Rahmenbedingungen und Förderungen müssen sich am Familienleben orientieren, nicht umgekehrt. Diskriminierungen muss entgegengewirkt werden.
- die geänderten Rahmenbedingungen für Familien berücksichtigen und sich an den Bedarfen aller Familienmitglieder ausrichten. Dafür braucht es einen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur. Dabei sind die je nach Familienform und Lebenslage spezifischen Bedarfe zu berücksichtigen. Der besondere Schutz der Familie und ihre Förderung müssen für alle Familienformen gelten.
- den Zusammenhang zwischen Familienform, sozio-ökonomischem Status und Familienförderung auflösen.
- die Sorgeverantwortung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige unterstützen, unabhängig von der gewählten familiären Lebensform. Finanzielle Unterstützung darf sich nicht am rechtlichen Status der Sorgeverantwortlichen festmachen.

- das Potenzial kultureller Vielfalt von Familie anerkennen und wertschätzen. Dazu gehört, die interkulturellen Kompetenzen von Fachkräften in familienunterstützenden Einrichtungen zu fördern.
- dafür sorgen, dass das Recht auf Zusammenleben als Familie für alle Menschen geachtet und gefördert wird. Dieses muss sich in Regelungen für eine sichere, legale Familienzusammenführung widerspiegeln und ein Familienleben in Würde beinhalten.

Familie ist Vielfalt. Eine gute Politik für Familien muss dieser Vielfalt gerecht werden und sie in all ihren Formen unterstützen – das ist die Zielsetzung des Zukunftsforum Familie!

---

*Gute Politik für Familien muss...*

## ... Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien verhindern

Trotz relativen Wohlstands im Durchschnitt der Gesellschaft ist die Gleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland nicht gewahrt. Während sich eine kleine Zahl von Menschen einen immer größeren Anteil an diesem gesellschaftlichen Reichtum sichert, lebt eine große Zahl von Familien mit dem Risiko von Armut. Insbesondere arbeitslose Familien, Einelternfamilien, Familien mit mehr als zwei Kindern und Familien mit Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss sind von Armut betroffen.

Armut bedeutet mehr als ein geringes Einkommen – allerdings beginnt sie, wo die materielle Basis nicht gesichert ist und Unterversorgung in verschiedener Hinsicht droht. Gelingendes Familienleben braucht daher auch einen ausreichenden finanziellen Spielraum.

Familienarmut ist wesentlich strukturell bedingt: Veränderung in der Arbeitswelt wie die Ausdehnung des Niedriglohnssektors, der Leiharbeit und prekärer Beschäftigung, der Abbau des Sozialstaats, die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Ausrichtung der Familienförderung und der Sozialsysteme am (männlichen) Allein- bzw. Hauptverdiener-Modell verhindern die ausreichende Absicherung der Existenzgrundlage von Familien. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Regelungen sichern diese Norm ab. So sind das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung an den Familienstand, d.h. die Ehe bzw. Lebenspartnerschaft, geknüpft.

Vor allem Alleinerziehenden, Familien mit mehr als zwei Kindern, gering Qualifizierten, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, geistig und/oder körperlichen Behinderungen sowie Menschen mit Migrationshintergrund werden strukturell Barrieren in den Weg gelegt, die es ihnen erschweren, von ihrer Arbeit zu leben und Sorge für andere absichern zu können. Nach wie vor fehlen vielerorts ausreichende Betreuungs- und Pflegeninfrastrukturen, um Familie und Erwerbsleben miteinander vereinbar machen zu können.

Familienleben verläuft nicht immer in vorgegebenen Bahnen und nach einheitlichen Modellen. Arbeitslosigkeit, Trennungen, der Tod eines Elternteils, Migration, eine chronische Erkrankung oder eine Behinderung führen oftmals zu einem plötzlichen und deutlichen Absinken des Einkommens und damit des Lebensstandards in der Familie. Zudem werden besondere Bedarfslagen wie die Umgangskosten bei getrennt leben Eltern oder Schulausstattung nur ungenügend anerkannt.



Kinder, die in Armut aufwachsen, erleben häufig gesellschaftliche Ausgrenzung, haben verminderte Teilhabe- und Bildungschancen sowie zu oft auch gesundheitliche Einschränkungen. Die Gefahr, dass sich prekäre Lebensumstände verfestigen und bis ins Erwachsenenalter oder sogar in die nächste Generation hinein fortschreiben, ist groß und steigt mit jedem Lebensjahr der Kinder. Das Aufwachsen in Armut verletzt das in der UN-Konvention für die Rechte des Kindes festgehaltene Recht für ein Aufwachsen in Wohlergehen.

Vom bestehenden Familienlastenausgleich, d.h. den finanziellen Transfers als Ausgleich dafür, dass Familien durch die Sorge für Familienmitglieder finanzielle Nachteile entstehen, profitieren verschiedene Bevölkerungsschichten unterschiedlich. Familien mit höherem Einkommen werden durch steuerliche oder sozialversicherungsrechtliche Leistungen und Instrumente mehr entlastet als Familien in den unteren Einkommensbereichen an Förderung erhalten. Der Unterschied zwischen Kindergeld und Kinderfreibeträgen, die Anrechnung von Kinder- oder Elterngeld auf SGB II-Leistungen, unterschiedliche Förderungen für Bildung und Teilhabe bzw. Bildung, Erziehung und Ausbildung oder die Altersbegrenzung des Unterhaltsvorschusses machen dies deutlich.

Familien, die aus EU-Staaten nach Deutschland einwandern, erhalten oftmals keinerlei Leistungen und haben keinen Anspruch auf die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem unterschreiten die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Höhen nach dem SGB II/XII deutlich.

Viele Leistungen, die Familien zustehen, werden nicht in Anspruch genommen. Eine in weiten Teilen intransparente rechtliche Situation, ein enormer Bürokratieaufwand, gegenseitige Anrechnungen von Leistungen und mangelnde Beratung stellen oftmals unüberwindbare Hürden dar. Werden soziale Transferleistungen beantragt oder bezogen, so sind die Familien oftmals Stigmatisierungen ausgesetzt.

■ Das Zukunftsforum Familie steht ein für den gerechten sozialen Ausgleich und die soziale Absicherung aller Familien. Dazu gehören die sachgerechte Bestimmung des kindlichen Existenzminimums sowie bedarfsgerechte, transparente und unbürokratische monetäre Transfers. Das Zukunftsforum Familie fordert im Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG eine allgemeine Kindergrundsicherung. Das bürokratische und sozial ungerechte System der unterschiedlichen Instrumente des Familienlastenausgleichs wie Kindergeld, Kinderfreibeträge und SGB II/XII-Regelsätze für Kinder soll ersetzt werden. Durch eine Kindergrundsicherung kann sichergestellt werden, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen: Alle Kinder sollen unabhängig von ihrer familiären Situation und dem Einkommen ihrer Eltern ausreichend gefördert werden und die Chance erhalten, ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Mehrbedarfe, wie bspw. bei getrennt lebenden Eltern oder großen gesundheitlichen Herausforderungen, müssen zudem berücksichtigt und solidarisch getragen werden.

[www.kinderarmut-hat-folgen.de](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de)

Neben der monetären Absicherung ist eine voraussetzungsfreie, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Infrastruktur von zentraler Bedeutung, um die Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien langfristig zu beseitigen. Angebote der Frühen Hilfen bzw. der Kinder- und Jugendhilfe stärken das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, wenn sie ihren Präventionsauftrag wahrnehmen. Gelingt die enge Vernetzung von Kitas, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Sozialpolitik, Arbeit, Stadtplanung und den gemeinnützigen Anbieter\*innen sozialer Dienstleistungen im Sozialraum, so wird zwar Armut nicht direkt beseitigt, es können aber Übergänge begleitet und familiäre Lebensphasen abgesichert werden: Von der Familie in die Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege, von der Kita in die Grundschule, von dort in die weiter-

führende Schule und von der Schule in die Ausbildung oder den Beruf.

### Um Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien zu verhindern, muss eine gute Politik für Familien...

- dafür sorgen, dass jeder erwachsene Mensch die Möglichkeit hat, seine Existenz und die seiner Familie eigenständig zu sichern, unabhängig von der gelebten Familienform, der Anzahl der Kinder oder der Art der Sorgeverantwortung. Dazu müssen alle durch gute und finanziell abgesicherte Bildung und Ausbildung befähigt werden. Darüber hinaus ist eine gute, verlässliche und umfangreiche Betreuungsinfrastruktur für Kinder und zu pflegende Angehörige von zentraler Bedeutung. Der Staat und die Tarifparteien sind aufgefordert, für eine gerechte Bezahlung sowie gute und familienbewusste Arbeitsbedingungen zu sorgen.
- das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern, Jugendlichen und Familien bedarfsgerecht und nachvollziehbar bestimmen und zur Grundlage für die Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs machen. Dieses muss für alle gelten und somit auch für alle nach Deutschland eingewanderten Familien. In diesem Sinne müssen Schnittstellen, wie sie bspw. zwischen dem Steuer-, dem Unterhalts- und dem Sozialrecht bestehen, konsistent gestaltet und aufeinander bezogen werden.
- besondere Bedarfe von Familien wie beispielsweise Kosten für den Umgang bei getrennt lebenden Eltern oder Schulbedarfe im Sozialrecht besser abbilden.
- das Basis-Elterngeld als Familienförderleistung nicht auf ALG II anrechnen, um Familien insbesondere in ihrer Gründungsphase wirtschaftliche Stabilität zu geben.
- eine allgemeine Kindergrundsicherung einführen, welche auf der Basis des kindlichen Existenzminimums steht, zahlreiche pauschal bemessene kindbezogene Sozialleistungen zusammenfasst und in ihrer Höhe am elterlichen Einkommen bemessen wird. Als einen Baustein der Finanzierung treten wir für die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ein.
- finanzielle Anreize, die einer eigenständigen Erwerbsarbeit, insbesondere von Müttern, entgegenstehen, abbauen. Diese sind vor allem das Ehegattensplitting, offene Fragen zur beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartner\*innen in der Krankenversicherung und nicht existenzsichernde Beschäftigungsformen wie Minijobs. Zahlungen wie ein Betreuungsgeld, Erziehungsgehalt oder ähnliches lehnt das ZFF ab, da sie nicht zu einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

- allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland ein Aufwachsen in Wohlergehen ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer strukturellen Armutsprävention im Sinne eines vielfältigen und ressortübergreifenden Ansatzes. Präventionsketten und Bildungsverbünde sind hierbei erprobte und erfolgreiche Modelle. Dabei müssen die verschiedenen Ebenen des föderalen Staates ineinandergreifen und im Idealfall Projekte und Strukturen aufeinander abgestimmt wirken.
- die Position von Kindern in unserer Gesellschaft stärken. Dazu gehört die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Zudem braucht es erweiterte, demokratische und wirksame Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen. Hierzu gehört auch die Einführung eines eigenständigen Wahlrechts für Kinder und Jugendliche.

Das Zukunftsforum Familie macht sich für eine Gesellschaft stark, der jedes Kind, alle Jugendlichen und jede Familie gleich viel wert sind! Dies muss sich in einem angemessenen und sozial gerechten Familienlastenausgleich sowie einer qualitativ hochwertigen unterstützenden Infrastruktur ausdrücken.

---

*Gute Politik für Familien muss ...*

## **... eine familiengerechte Infrastruktur sicherstellen**

Um ihr gemeinsames Leben für sich organisieren und füreinander da sein zu können, sind Familien auf bedarfsgerechte strukturelle Rahmendbedingungen angewiesen. Die Bereitstellung guter Bildungs-, Betreuungs- und Service-Infrastrukturen ist eine grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe von Familien.

Bezahlbares und familienfreundliches Wohnen spielt hierbei eine zentrale Rolle. Müssen Familien umziehen, so finden sie in den Städten oftmals keine geeigneten Wohnungen in der Nähe ihres bisherigen Lebensmittelpunktes. Eine Folge kann der Verlust verwandtschaftlicher, freundschaftlicher oder nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme sein. Längere Wege zu Arbeit, Schule und Kita müssen in Kauf genommen werden. In ländlich geprägten Regionen sind lange Wege, auch zu medizinischer Versorgung oder zum nächsten Supermarkt, keine Seltenheit. Einsparungen im System des öffentlichen Personennahverkehrs befördern diese Problematik weiter.

Kinder und Familien benötigen freie Zeit und Räume, die sie selbst bestimmen und gestalten können – sei es der Stadtpark, die Freifläche, der Wald u.v.m. Dem ge-

genüber stehen Ansätze der Stadtraumgestaltung, der immer größeren Wohnungsknappheit mit baulicher Verdichtung entgegen zu treten.

Familienfreundliche Infrastruktur wird meist wohnortnah gebraucht, einige halten ihr Familienleben jedoch auch über große Distanzen hinweg aufrecht. Hier können digitale Medien helfen, in regelmäßigem Austausch zu bleiben. Viele Elternteile, die bspw. Ihrer Arbeit wegen von ihrer Familie getrennt leben, machen jedoch die Erfahrung, dass sie trotz digitaler Möglichkeiten von Elternsprechzeiten in Kitas und Schulen oder auch bei Behörden ausgegrenzt bleiben. Haben sich die Eltern getrennt und wohnen über große Distanzen voneinander entfernt, so fehlen vielerorts Räume, um den Umgang eines angereisten Elternteils mit seinen Kindern zu ermöglichen.

Die überwiegende Anzahl von pflegebedürftigen Menschen wird in der Familie zu Hause versorgt. Um dieses zu ermöglichen, brauchen Familien hochwertige Unterstützungsangebote hinsichtlich Beratung, Begleitung und Alltagsunterstützung im Sozialraum. Gleiches gilt für Familien mit jüngeren chronisch kranken Angehörigen bzw. Familienmitgliedern mit Behinderungen.

Mit dem Wandel unserer Gesellschaft verändern sich auch die Bedürfnisse, die Menschen heute an ihre eigene Pflege stellen. Das wachsende Bewusstsein für kultursensible Pflegeangebote, eine größere sprachliche Vielfalt und die Selbstverständlichkeit sexueller Vielfalt älterer und alter Menschen trägt dem in ersten Ansätzen Rechnung.

Familien sind in vielerlei Hinsicht mit Verwaltungsprozessen verbunden und auf diese angewiesen. An vielen Stellen wird das Prinzip der serviceorientierten und bürgernahen Verwaltung bereits gelebt, viel zu oft gehen Beantragungs- und Bewilligungsprozesse aber immer noch mit einem hohen zeitlichen Aufwand, enormer Komplexität, familienunfreundlichen Öffnungszeiten und mangelnder digitaler Erreichbarkeit einher. Für das Zukunftsforum Familie gehört es zu einer guten und familiennahen öffentlichen Infrastruktur, Verwaltungsbarrieren abzubauen und familienfreundliche Serviceangebote zu schaffen.

In der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen sieht das Zukunftsforum Familie eine weitere Möglichkeit, Familien zu entlasten. Der Ausbau dieser Tätigkeiten darf jedoch nicht zu einer Verfestigung eines prekären Dienstleistungssektors führen, sondern muss den Prinzipien guter Arbeit entsprechen.

Familien müssen konsequent in alle Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden. Dies beginnt bei der Stärkung der Mitbestimmung in Kita und Schule, setzt sich fort über die Gestaltung des öffentlichen Raumes und hört bei Gesetzgebungsprozessen auf allen staatlichen Ebenen nicht auf.

**Um eine familiengerechte Infrastruktur sicherzustellen, muss eine gute Politik für Familien ...**

- flächendeckend bezahlbare und familienfreundliche Wohnungen bereitstellen. Zudem brauchen Familien gute, erschwingliche und wohnortnahe Freizeit- und

Erholungsmöglichkeiten, Freiräume sowie barrierearme Angebote an Sport und Kultur.

- Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sowie Angebote der medizinischen Versorgung, für Einkäufe usw. möglichst wohnortnah vorhalten. Dort, wo in ländlichen Regionen weite Strecken zurückzulegen sind, muss die Mobilität gesichert und auf die zeitlichen Bedarfe der Familien abgestimmt sein.
- strukturelle Hindernisse bei der Übernahme von Pflegeverantwortung abbauen und positive Anreize erhöhen. So soll es allen gleichermaßen möglich sein, Pflegeverantwortung zu übernehmen, ohne die eigene Erwerbstätigkeit und die damit verbundene soziale Sicherung und Teilhabe, andere familiäre Verpflichtungen und die eigene Gesundheit und Regeneration zu gefährden. Dazu bedarf es niedrigschwelliger individueller Beratungs- und Begleitungsangebote, flexibler Unterstützung durch ambulante Pflegedienste, entlastender Angebote wie Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie ehrenamtlicher Netzwerke. Die Pflege älterer Menschen ist eine gesamtgesellschaftlich ähnlich wichtige Aufgabe wie die Betreuung und Erziehung kleiner Kinder und sollte daher auch in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung – ähnlich der Elternzeit und dem Elterngeld – abgesichert werden.
- kultursensible Pflegeangebote und das Bewusstsein für die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Pflege aufbauen.
- Strategien der Integration und der interkulturellen Öffnung als Querschnittsaufgabe unter Beteiligung

von Familien mit Migrationshintergrund auf- und ausbauen.

- Familienbüros und Online-Angebote, die für Familien wichtige Informationen bereithalten, flächendeckend etablieren. Diese Anlaufstellen sollten mit der Möglichkeit verbunden werden, Leistungen zu beantragen und Termine zu vereinbaren. Die Nutzung digitaler Medien sollte auch in der Zusammenarbeit mit Eltern in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen gestärkt werden, um zeitliche und räumliche Barrieren überwinden zu können.
- haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien fördern und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass diese Tätigkeiten den Prinzipien guter Arbeit entsprechen.
- alle Familien sowie alle Familienmitglieder in sie betreffende Entscheidungen aktiv einbeziehen und zu Wort kommen lassen. Familien muss es möglich sein, an allen demokratischen Prozessen teilzuhaben. Dies

Das Zukunftsforum Familie setzt sich für familiengerechte Infrastrukturen ein, damit Familien ihr gemeinsames Leben organisieren und ihre gesellschaftlichen Rollen selbstbestimmt erfüllen können!

bedarf u.U. besonderer Anstrengungen wie kindgerechter Partizipationsmethoden, familienorientierter Demokratiearbeit, des aktiven Einbezugs von Vätern, des Einsatzes von Sprach- und Kulturmittler\*innen u.v.m. Erst in der Unterschiedlichkeit der Perspektiven erfahren wir, was Familien tatsächlich brauchen, um ihr gemeinsames Leben gut zu gestalten.



*Gute Politik für Familien muss...*

## ... Bildungsprozesse anerkennen, unterstützen und qualitativ absichern

Familie ist der zentrale Bildungs- und Lernort für Kinder. Hier werden Werte gelernt, gesellschaftliche Normen vermittelt und Teilhabe wird als selbstverständliche Grunderfahrung erlebt. Dort, wo Bildungspartnerschaften gelingen, gehen familiäre und institutionelle Bildungsprozesse Hand in Hand.

Die Kindertagesbetreuung hat sich vielfach zu einer Institution der Bildung und Sozialisierung von Kindern entwickelt und unterstützt zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinder haben einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Diesen gilt es auch auf eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung in der Schule zu erweitern.

Viele Kitas öffnen sich in den Sozialraum hinein und sind in Verbindung mit Familienberatung und Angeboten der Familienbildung Teil der Vernetzung von familienunterstützenden Angeboten.

Ebenso entwickeln sich viele Schulen zu Anlaufstellen für umfangreiche außerschulische Bildungsprozesse, insbesondere dann, wenn sie Schulsozialarbeit oder Elterncafés anbieten, sich für die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungseinrichtungen wie Jugendzentren, (Sport)Vereinen, Musikschulen u.v.m. in den Sozialraum hinein öffnen und rhythmisierte ganztägige Angebote machen. Viele Schulen sind Teil von Bildungsverbänden und Präventionsketten.

Seit Jahrzehnten hält sich die soziale Segregation im Bildungssystem hartnäckig. Kinder, die nicht aus akademisch geprägten Haushalten stammen, haben deutlich geringere Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erlangen und ein Studium aufzunehmen. Allzu oft hängt dieses auch vom Geldbeutel der Eltern ab. Dem gegenüber postuliert Art. 28 der UN-Kinderrechtskonvention das Recht des Kindes auf Bildung auf der Grundlage der Chancengleichheit.

Bildung hört mit Ende der Kindheit nicht auf, sondern zieht sich durch alle Phasen familiären Lebens. Berufliche Aus- und Weiterbildung, die Aneignung von Erziehungskompetenzen sowie das Erlernen von Pflege und Begleitung der eigenen Angehörigen sind ebenso wichtige Bereiche wie die politische Bildung, die Erwachsenenbildung, der Erwerb weiterer Bildungsabschlüsse, die Grund- und Kulturbildung oder ein Spracherwerb.

**Um Bildungsprozesse für Familien abzusichern, muss eine gute Politik für Familien...**

- die Familie als demokratischen und solidarischen Bildungs- und Lernort ernst nehmen und stärken. Bildungsinstitutionen wie z.B. Kindertagesstätten und Schulen müssen sich noch stärker als bisher öffnen für die unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründe, die Kinder aus ihren Familien mitbringen, wie z.B. Armut, Flucht und das Leben in vielfältigen Familienformen. Alle Familien sollen stärker als bisher an den Entscheidungen in den Institutionen teilhaben können. Diese Themen müssen in die Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Pädagog\*innen und Lehrkräfte integriert werden. Kindertagesstätten und Schulen sollten sich zu vorurteilsbewussten Organisationen weiterentwickeln.
- alle Familien darin unterstützen, solidarische und demokratische Lernorte zu sein. Angebote der Frühen Hilfen, der Familienbildung, der Hilfen zur Erzie-

hung, der politischen Bildungsarbeit für Familien sowie die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft von Familie, Kita, Schule und weiteren staatlichen Institutionen sind dabei wichtige Instrumente.

- Familienzentren flächendeckend bereitstellen und zu zentralen, niedrigschwelligen und offenen Anlaufstellen in den Sozialräumen entwickeln.
- vielfältige und passgenaue Angebote der Familienbildung und -erholung als präventives Instrument ausbauen, um Eltern und Kinder zu stärken, sie gut zueinanderfinden zu lassen und familiäre Belastungssituationen zu reduzieren. Ebenso unterstützt die Kinder- und Jugendarbeit in Jugendclubs etc. erheblich das Familienleben. Familienbildung und Jugendarbeit müssen gesetzlich aufgewertet und finanziell deutlich besser ausgestattet werden.
- Familien durch qualitativ hochwertige, sozial gerechte und kostenfreie Bildungsangebote unterstützen. Dazu zählen die Kindertagesbetreuung in Kitas und in der Tagespflege, Angebote für Schulkinder im Hort, der flächendeckende Ausbau von sozialräumlich integrierten, rhythmisierten Ganztagschulen, in denen Schüler\*innen bis zum ersten Sekundarabschluss gemeinsam unterrichtet werden, sowie passgenaue und zielgerichtete Hilfen zur Erziehung.

- Betreuungsangebote so einrichten, dass sie dem Wohl der Kinder und den zeitlichen Bedarfen der Erziehungsberechtigten entsprechen. So kann Stress abgebaut und das Familienleben insgesamt entspannt werden.
- die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe erweitern, Schulen ausbauen und insbesondere die Kommunen in die Lage versetzen, diese sozialen Investitionen finanziell zu schultern.
- die Familien auch finanziell in die Lage versetzen, für die Kosten der Bildung und Ausbildung aufkommen zu können. Der Bezug von Kindergeld und studentischer Krankenversicherung bis zum tatsächlichen Ausbildungsende, die regelmäßige Anpassung des Bafög und auch die deutlich umfangreiche Anerkennung von Bildungs- und Ausbildungsbedarfen im Sozialrecht sind hier erste wichtige Schritte.

Das Zukunftsforum Familie setzt sich dafür ein, dass Familien als demokratische und solidarische Bildungs- und Lernorte anerkannt und durch infrastrukturelle Angebote bestmöglich unterstützt werden!

---

*Gute Politik für Familien muss...*

## **... Voraussetzungen schaffen, die Familien Zeit füreinander ermöglichen**

Familienleben, d.h. der Aufbau und die Pflege von sozialen Beziehungen und Netzwerken, braucht Zeit – Zeit, die vielen Familien heute fehlt. Zeitmangel und Stress sind alltägliche Erfahrungen von Eltern bzw. allen, die sich um eine Familie sorgen. Bereits Kinder machen Erfahrungen von Zeitstress.

Angesichts der vielfältigen Anforderungen in einer modernen Gesellschaft muss Zeit für das Familienleben vielfach bewusst geplant und organisiert werden. In vielen Familien übt die Arbeitswelt entscheidenden Einfluss auf die Zeit für das Familienleben aus. Flexibilisierung, verdichtete Arbeitsprozesse und die digital vermittelte zunehmende Entgrenzung der Arbeit erhöhen den Zeitdruck. Die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien und der damit verbundene Anspruch der ständigen Verfügbarkeit beispielsweise in sozialen Netzwerken etc. verändern die Lebensbedingungen und den konkreten Alltag. Nicht immer sind relevante Zeitstrukturen wie Arbeitswelt, Kita und Schule, Öffnungszeiten von Ämtern, Arztpraxen etc. aufeinander abgestimmt. Dies schafft Zeitkonflikte, die für viele Familien nur schwer zu lösen sind.

Viele Arbeitgeber\*innen haben auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht Familienbewusstsein als wesentlichen Baustein ihrer Personalentwicklung erkannt und bieten flexible Arbeitszeiten, Home-Office, Konzepte für die Urlaubsplanung, Führung in Teilzeit usw. an. Auch der Staat hält mittlerweile eine Reihe von zeitpolitischen Unterstützungsinstrumenten bereit: Das Elterngeld so-

wie das ElterngeldPlus, Regelungen zur Teilzeitbeschäftigung und zeitflexible Angebote der Kindertagesbetreuung werden von Familien gerne angenommen.

Kindliche Bedürfnisse hingegen folgen nicht immer einer von außen vorgegebenen Zeitstruktur. Wird das Recht von Kindern auf Fürsorge ernst genommen, so leiten sich für das Zukunftsforum Familie daraus Ansprüche auf gemeinsam mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten verbrachte Zeiten ab, die verlässlich sind und die unabhängig von Leistungs- und Erfolgsdruck ausgestaltet werden können.



Neben Zeiten für Kinder, das Alltagsmanagement, der Selbstsorge und die Beziehung ist es die Pflege von Angehörigen, für die Familien Zeit brauchen – sei es für ältere, für chronisch kranke und/oder Familienmitglieder mit Behinderungen. Hier sind es die Pflege selbst, aber auch die bürokratischen Aufgaben zur Gewährleistung

von (Pflege)-Leistungen, die Angehörige oftmals ver-zweifeln lassen.

Zeitmangel und Zeitstress beschränken sich nicht allei-ne auf Familien, in denen berufliche Anforderungen mit privaten Sorgetätigkeiten vereinbart werden müssen. Armut und Arbeitslosigkeit sind Faktoren, die in hohem Maße zu stressbedingten Erkrankungen und einem Mangel an positiv erlebter gemeinsamer Familienzeit führen können.

### Um Familien Zeit füreinander zu ermöglichen, muss eine gute Politik für Familien...

- das Bedürfnis von Kindern auf Zeit mit ihren Fami-lien ernst nehmen und in konkreten zeitpolitischen Maßnahmen ausgestalten.
- die gleichwertigere Aufteilung von familiären und beruflichen Verpflichtungen zwischen allen Ge-schlechtern ermöglichen. Dies gelingt bspw. durch fa-milienbewusste Arbeitszeiten, die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, ein Rückkehrrecht in die vorherige Arbeitszeit nach familienbedingter Teilzeit und eine finanzielle Aufwertung sozialer Berufe.
- Lösungen entwickeln, die es allen gleichermaßen ermöglichen, familiäre Sorgeverantwortung zu über-nehmen, ohne ihre eigenständige soziale Absiche-rung zu gefährden. Die Rahmenbedingungen dafür müssen unter den Aspekten der Geschlechterver-hältnisse, sozialer Absicherung, Arbeitsorganisation, Zeitstrukturen und der materiellen Anerkennung von Sorgearbeit als gesellschaftlich relevante Arbeit gestaltet werden. Zeitlich befristete, kurzzeitige Aus-stiege aus dem Beruf bzw. Arbeitszeitverkürzungen für Erziehung und Pflege müssen finanziell und sozi-alversicherungsrechtlich abgesichert sein.

- Zeitpolitik für Familien auch auf die Tagesordnung der Sozialpartner setzen. Wirtschaft und Gewerk-schaften müssen Arbeitszeitkonzepte auf ihre Fa-milienbewusstheit überprüfen und Familieninter-essen bei Tarifverhandlungen stärker berücksichtigen. Auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung darf kein Tabu sein. Konzepte wie z.B. „Intelligente Le-bensarbeitszeitkonten“ und „Care-Zeit-Budgets“ soll-ten ausgearbeitet und weitergedacht werden.
- personalpolitische Instrumente wie Home-Office, Führung in Teilzeit etc. weiterentwickeln und famili-äre Bedarfe im Hinblick auf die spezifischen Heraus-forderungen nach Branchen und Unternehmensgrö-ßen diskutieren.
- lokale Familienzeitpolitik ausbauen, da diese ent-scheidend dazu beitragen kann, die alltäglichen zeit-lichen Rahmenbedingungen für Familien zu verbes-tern. Maßnahmen wie ein gut getakteter öffentlicher Nahverkehr, eine serviceorientierte Verwaltung und ein gutes Infrastrukturangebot mit möglichst kurzen Wegen können die zeitliche Belastung von Familien verringern.
- Zeit für Familie auch für arme oder von Arbeitslosig-keit betroffene Familien ermöglichen. Dies gelingt u.a. durch bedarfsgerechte monetäre Transfers, den Bürokratieabbau für die Inanspruchnahme sozialer Unterstützung, sowie kostenfreie bzw. kostengünsti-ge Angebote für die Freizeitgestaltung.

Das Zukunftsforum Familie setzt sich dafür ein, Familienzeitpolitik als politisches Handlungsfeld zu stärken, denn Zeit ist ein zentraler Faktor für die Lebensqualität und das Wohlergehen von Familien!

---

*Gute Politik für Familien muss...*

## ... Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit umsetzen

Die Übernahme von familiärer Sorgeverantwortung ist fundamentale Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und wirtschaftlicher Wertschöpfung. Es gilt, diese auf hohem qualitativem Niveau gerecht aufzuteilen.

Haushalt, Kindererziehung, die Pflege von Angehörigen – lange Zeit wurden diese Aufgaben scheinbar selbstverständlich als private Angelegenheiten betrachtet, die im gesellschaftlichen Rollenverständnis der Frauen zugeprochen wurden. Und noch immer leisten Frauen den überwiegenden Teil der professionellen und häuslichen Sorgearbeit, während Männer häufiger einer Erwerbsarbeit nachgehen. Damit tradiert unsere Gesellschaft strukturell Geschlechterverhältnisse, denen eine moderne und partnerschaftlich ausgerichtete Politik für Familien entgegenwirken sollte.

Die ungleiche Aufteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern und die schlechtere Entlohnung von professioneller Sorgearbeit haben weit reichende Folgen: Die beruflichen Entwicklungschancen von Frauen sind schlechter, ihr Erwerbseinkommen und die Altersvorsorge oftmals nicht existenzsichernd.

Dagegen wünschen sich Väter mehr Zeit für Familie, wohingegen Mütter die Zeiten ihrer Erwerbsarbeit ausweiten möchten, etwa um ihre materielle Existenz eigenständig absichern zu können. Auch junge Menschen wünschen sich mehr Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich alle stärker an familiären Sorgaufgaben beteiligen, wenn an familiärer Vielfalt orientierte

Arbeitsmarktregelungen eine partnerschaftliche Aufteilung befördern, und wenn ein qualitativ hochwertiges, bezahlbares bzw. kostenfreies und breit ausgebaut System der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen vorgehalten wird.

Seit vielen Jahren stagniert in Deutschland die Bekämpfung der Entgelt-Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, der „Gender Pay Gap“, welcher kurz- und mittelfristige Effekte auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und langfristige Auswirkungen auf die Absicherung im Alter („Gender Pension Gap“) hat.

Gleichstellung muss auf allen Ebenen umgesetzt werden. Werden die Grundrechte auf sexuelle Selbstbestimmung und auf körperliche Unversehrtheit verletzt, so geschieht dies allzu oft innerhalb von Familien. Das Recht auf Schutz und die konsequente Ahndung von Verletzungen dieser Grundrechte gehören auf die Agenda einer guten Politik für Familien.



## Um Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit umzusetzen, muss eine gute Politik für Familien...

- Sorgearbeit gesellschaftlich aufwerten, gerecht verteilen und als Grundlage unseres Zusammenlebens anerkennen.
- berufliche Auszeiten oder Teilzeitarbeit für alle und Modelle von Familienarbeitszeiten ermöglichen sowie die Erwerbschancen erhöhen. Partnerschaftlichkeit hat eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Sorgenden im Blick.
- professionell geleistete Sorgearbeit aufwerten. Menschen in Pflege- und Bildungsberufen müssen angemessen bezahlt werden.
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren. Wo Selbstverpflichtungen von Unternehmen versagen, muss der Staat handeln: Regelungen zur Entgelt-

gleichheit sowie die Einführung von Geschlechterquoten in Führungsetagen von Unternehmen sind dringend geboten. Minijobs und andere Formen prekärer Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden.

- der Diskriminierung aller Geschlechter und sexueller Identitäten entgegenzutreten.
- das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung sowie das Recht auf Schutz, Zuflucht und Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Menschen garantieren.

Das Zukunftsforum Familie ist davon überzeugt, dass eine gute Politik für Familien nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Gleichstellung aller Geschlechter gestaltet werden kann!

---

*Gute Politik für Familien muss...*

## ... den Zusammenhalt zwischen den Generationen fördern und Altersarmut abwenden

Unsere Gesellschaft erlebt einen kontinuierlichen demografischen Wandel. Der Familienzusammenhalt über die Generationengrenzen hinweg erweist sich als stark: Die Älteren unterstützen die junge Generation mit Zeit und Geld z.B. für die Kinderbetreuung. Umgekehrt übernehmen die Jüngeren Aufgaben in der Haushaltsführung und in der Pflege bzw. deren Organisation. Auch dort, wo Generationen räumlich weit voneinander entfernt leben, wird familiärer Zusammenhalt gepflegt: Über Besuche, Telefon und digitale Angebote wie bspw. verschiedene soziale Netzwerke.

Viele Menschen möchten bei der Pflege ihrer älteren Angehörigen Verantwortung übernehmen. Besonderer Unterstützung bedürfen dabei Erziehungsberechtigte in der „Sandwich-Generation“, die gleichzeitig Sorge für Kinder und ältere Angehörige tragen. Zudem übernehmen immer mehr Menschen auch für nicht-verwandte Menschen Verantwortung.

Seit jeher lernen Generationen voneinander. Dies ist heute nicht anders: Generationenübergreifende Lernorte spielen dabei eine wichtige Rolle und stärken den gesellschaftliche Zusammenhalt.

Neue Formen des Wohnens im Alter, z.B. in generationenübergreifenden Wohnprojekten, gewinnen an Bedeutung. Dies bedarf entsprechender politischer Unterstützung in Stadtplanung, Wohnungsbau sowie in der Bereitstellung von unterstützenden Gesundheits- bzw.

Pflegediensten, die auch der Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen außerhalb von Städten Rechnung trägt.

Viele ältere Menschen zieht es heute in die Städte, da sie zum einen vom dortigen Kultur- und Freizeitangebot profitieren wollen, zum anderen aber auch, da in ländlich geprägten Regionen die Infrastruktur fehlt, um im hohen Alter ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nicht lineare Erwerbsbiografien aber auch mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Fragilität der privaten Rentenvorsorge führen dazu, dass Menschen immer häufiger keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben, um im Alter finanziell abgesichert zu sein. Hinzu kommen finanzielle Belastungen, die bspw. durch Pflegefälle entstehen. Die Zahl derer, die Grundsicherung im Alter beziehen, wird künftig weiter ansteigen.



## Um den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu fördern, muss eine gute Politik für Familien ...

- die Stärkung des Zusammenhangs zwischen den Generationen im Blick haben. Dabei sind die Autonomie und die Selbstbestimmung aller Individuen zentral, um den wertschätzenden Umgang miteinander leben zu können. Das Zukunftsforum Familie sieht die Chancen intergenerationeller Kooperationen, die sich aus ähnlich gelagerten Bedarfen an guten und unterstützenden Infrastrukturangeboten ergeben können. So sind barrierefreie Zugänge zu Bussen und Bahnen für Eltern bzw. den Einstieg mit einem Kinderwagen ebenso wichtig wie für ältere Menschen mit Gehhilfe.
- generationenübergreifendes Lernen im Sinne von Bildungsangeboten, die sich explizit an mehr als eine Generation richten, ausbauen. Dadurch wird der Wunsch der Älteren nach Teilhabe und Austausch erfüllt, während die Jüngeren von der Weitergabe von beruflichem Wissen und Lebenserfahrung profitieren. Umgekehrt können Ältere auch von der jüngeren Generation lernen, beispielsweise im Hinblick auf den Umgang mit Computer, Smartphone oder Social Media.
- generationenübergreifendes Wohnen als Zukunftsthema erkennen und entsprechende Modelle fördern und ausbauen.

- ein würdiges und selbstbestimmtes Leben auch in ländlichen Regionen ermöglichen und ausreichend Infrastruktur, v.a. im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und der medizinischen Versorgung, vorhalten.
- Altersarmut verhindern. Hierzu gehört es auch, das Rentensystem zu reformieren mit dem Ziel, existenzsichernde Renten zu garantieren. V.a. durch arbeitsmarktpolitische Instrumente muss dafür gesorgt werden, dass ein Beschäftigungsverhältnis ausreicht, Ansprüche auf eine ausreichende Altersvorsorge zu erwerben. Zeiten von Sorgearbeit müssen stärker als bisher für die spätere Alterssicherung anerkannt werden.

Das Zukunftsforum Familie sieht im Zusammenhalt der Generationen die Chance, den demografischen Wandel unserer Gesellschaft positiv zu gestalten. Dies bedarf der finanziellen, zeitlichen und infrastrukturellen Absicherung von Alter, Pflege und generationsübergreifender Begegnung!

---

*Gute Politik für Familien muss...*

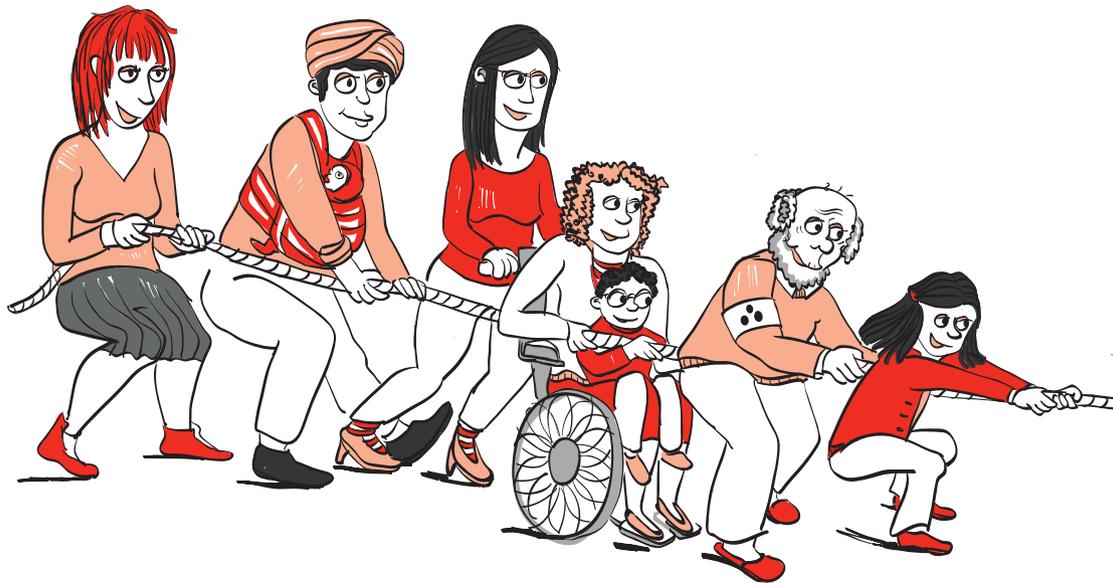
## **... Inklusion gewährleisten**

„In einer Gesellschaft, in der Inklusion gelebt wird, gibt es keine Gruppen mit Sonderstatus, die in die Mehrheitsgesellschaft integriert und „eingepasst“ werden müssen – vielmehr ist Verschiedenheit selbstverständlich und jede/jeder ist auf ihre/seine Art und Weise einzigartig und Teil der Vielfalt. In der Konsequenz heißt dies, dass die gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie Kontextfaktoren so gestaltet werden müssen, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe und barrierefreie Zugänge in alle gesellschaftlichen Subsysteme ermöglicht werden.“  
(AWO, Dortmunder Erklärung).

Viele Familien sind Systeme gelebter Inklusion: Ihre Mitglieder sorgen sich umeinander, übernehmen Verantwortung füreinander und erkennen sich gegenseitig an als einzigartige und individuell begabte Menschen an. Doch nicht allen Familien bzw. all ihren Mitgliedern ist es möglich, selbstverständlich an allen gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben.

Vielfach sind es gerade Bildungsinstitutionen, die einem inklusiven Anspruch nicht gerecht werden. Dies beginnt mit den baulichen Zugängen in ein Gebäude, setzt sich in den Bildern, die in Bezug auf menschliche „Normalität“ vermittelt werden fort und hört bei einer Leistungsbeurteilung, die sich an einheitlichen Zielvorgaben orientiert, nicht auf.

Inklusion beginnt jedoch nicht erst in den Institutionen, die diese organisieren sollen. Vielmehr setzt sie eine Bewusstseinsänderung hin zu der konsequenten Haltung



voraus, dass jeder Mensch das Recht hat, gleichberechtigt, würdevoll und anerkannt an allen gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben. Dieses Verständnis nimmt in den Blick, dass Menschen nur in gegenseitiger Abhängigkeit und im Zusammenleben mit anderen existieren können.

Inklusion darf nicht mit „Gleichmacherei“ verwechselt werden. In der Anerkennung eines jeden Menschen mit seinen individuellen Stärken hat jede\*r auch das Recht auf eine an den individuellen Bedürfnissen orientierte Unterstützung.

Um Inklusion zu gewährleisten, muss eine gute Politik für Familien...

- Vielfalt anerkennen, in Gesetzen berücksichtigen und für entsprechende finanzielle Rahmenbedingungen sorgen.
- darauf hinwirken, dass sich Institutionen an der Vielfalt der Gesellschaft orientieren und ihr Handeln, ihre Angebote sowie ihre Zusammenarbeit mit Familien entsprechend ausrichten.
- sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Leitbild der Inklusion ausrichten und allen Menschen gleichberechtigt gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

- sich zum Ziel setzen, Hürden, die die Teilhabe von Familien einschränken, zu beseitigen. Wichtige Schritte hin zu einer inklusiven Gesellschaft sind die Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut, die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, die Beförderung der Geschlechtergerechtigkeit, die Anerkennung vielfältiger Familienformen und familiärer Lebensweisen, die familienbewusste Gestaltung der Arbeitswelt sowie die Beteiligung von Familien an allen Entscheidungen, die sie betreffen.

Das Zukunftsforum Familie setzt sich dafür ein, dass alle Menschen – ungeachtet ihrer ökonomischen Ressourcen, ihres beruflichen Status, ihrer Behinderung, ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrem kulturellen und/oder ethnischen Hintergrund, ihrer sexuellen Identität oder ihrem Geschlecht – gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben und sich einbringen können!

---

*Gute Politik für Familien muss...*

## ... Familienplanung und Familiengründung unterstützen

Auf der Grundlage ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte haben Menschen das Recht, ihre Lebens- und Sexualpartner\*innen sowie die Form des Zusammenlebens selbst zu wählen.

Verhütung ist heute bei vielen Paaren eine Selbstverständlichkeit. Jedoch ist nicht immer das Wissen vorhanden, wie bestimmte Verhütungsmethoden wirken und wo ihre Grenzen liegen. Familienplanung heißt allerdings nicht nur, Empfängnisverhütung zu praktizieren, sondern auch Schwangerschaften aktiv einzuleiten. Dafür ist grundlegendes Wissen um Fruchtbarkeit nötig und hilfreich, welches bereits im Jugendalter erworben werden sollte.

Kinderwünsche können heute u. U. mit Hilfe reproduktionsmedizinischer Methoden erfüllt werden. Die ethischen Grenzen liegen für das Zukunftsforum Familie dort, wo die körperliche Integrität anderer Menschen verletzt und die Entstehung menschlichen Lebens industrialisiert wird. Kinder sind Individuen mit eigenen Rechten. Die Fruchtbarkeit und damit auch die Frage, ob bzw. wann ein Kind entsteht, entzieht sich der verlässlichen Plan- und Machbarkeit.

Bei einer Adoption wie auch der Übernahme von Verantwortung für Pflegekinder steht im Vordergrund, für Kinder ein neues und kindgerechtes Zuhause zu suchen. Das Kind und sein Wohlergehen müssen dabei im Mittelpunkt aller Vermittlungsbemühungen stehen.

Die Chance auf die Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches muss für alle bestehen und darf nicht von der individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit, einem bestimmten Familienstand wie bspw. der Ehe, oder einer vorgegebenen sexuellen Identität abhängen. Entscheidend sollte alleine das Wohl des (zu erwartenden) Kindes in der Familie sein. Das Recht auf Elternschaft für Menschen mit Behinderungen muss durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen gelebt werden können.

### Um Familienplanung und Familiengründung zu unterstützen, muss eine gute Politik für Familien...

- das Recht aller Menschen stärken, frei und unbeeinflusst die Entscheidung für oder gegen die Gründung einer Familie zu treffen. Sind Kinder da, so muss jeder Elternteil zu ihrer bzw. seiner Verantwortung stehen und die Rahmenbedingungen vorfinden, Sorge übernehmen zu können.
- bei allen Vorhaben und Regelungen das Wohlergehen des Kindes in den Mittelpunkt stellen.
- dafür sorgen, dass alle Menschen flächendeckend Informationen über und Zugang zu wirksamen, gesundheitlich vertretbaren, finanzierbaren und der individuellen Lebenssituation bestmöglich entspre-

chenden Verhütungsmethoden erhalten. Menschen im Sozialleistungsbezug oder mit geringem Einkommen sollen einen Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel erhalten. Das Zukunftsforum Familie tritt zudem für die freie Entscheidung über die Fortsetzung oder den Abbruch einer Schwangerschaft, für die Abschaffung der Pflichtberatung und für die Streichung des § 218 StGB ein.

- Bestrebungen, die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch reproduktionsmedizinische Angebote („Social Freezing“) zu „lösen“, einen Riegel vorschieben. Die Schaffung guter infrastruktureller Rahmenbedingungen und familienbewusster Arbeitsbedingungen soll es allen Menschen ermöglichen, sich zu einem selbstgewählten Zeitpunkt für ein Kind zu entscheiden.
- dafür sorgen, dass die Realisierung von Kinderwünschen durch reproduktionsmedizinische Verfahren, soweit sie ethisch vertretbar sind, nicht von der individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit der\*des Einzelne\*n abhängt.

- dafür sorgen, dass das Recht des Kindes auf Wissen um die eigene Herkunft gewahrt wird.
- das Recht von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen auf die Gründung einer Familie anerkennen.
- Eingetragene Lebenspartner\*innen sind Ehepartner\*innen auch adoptionsrechtlich gleichzustellen.
- das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Familie anerkennen und für geeignete Unterstützungsmaßnahmen sorgen.

Das Zukunftsforum Familie tritt ein für das Recht eines jeden Menschen auf Familie. Dabei stehen das Wohl des Kindes sowie die körperliche Unversehrtheit jedes\* jeder Einzelnen im Vordergrund!

---

# Die Zukunft der Familie

Das Leben als Familie, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das Bild von Familie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Auch in Zukunft werden sich Familien verändern. Das Bedürfnis, dauerhaft füreinander Verantwortung zu übernehmen, Sorge zu tragen und Zuwendung zu schenken, bleibt jedoch bestehen.

Der Alltag und die Herausforderungen, vor denen Familien stehen, sind mittlerweile stärker in den Blick geraten. Instrumente für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind keine Seltenheit mehr. Angebote der Kindertagesbetreuung werden ausgebaut. Die monetären Leistungen, die Familien unterstützen sollen, sind höher denn je. Zudem rücken bestimmte Familienrealitäten immer wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten: Einelternfamilien, Familien mit Flucht- und/oder Migrationserfahrung, Regenbogenfamilien oder Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Familienpolitik ist heute mehr als eine Politik für Alleinverdiener-Ehen mit Kindern.

Trotz der Anstrengungen, die von Seiten des Staates, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft unternommen werden, Familien bei ihrer Sorgearbeit zu unterstützen, sind bestimmte soziale Ungleichheiten noch immer nicht behoben und traditionelle, veraltete Normen halten sich hartnäckig: Kinder- und Familienarmut ist noch immer nicht beseitigt, Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast an der familiären Sorgearbeit, Bildungschancen sind nach wie vor stark von sozialer Herkunft abhängig, vielen Menschen mit Behinderungen wird das Recht auf eine eigene Familie verwehrt, die Pflege von Angehörigen führt viel zu oft an die physische, psychi-



sche und finanzielle Belastungsgrenze, der Zeitstress innerhalb von Familien verstetigt sich auf hohem Niveau, sexuelle Vielfalt kann in vielen Familien nicht gelebt werden u.v.m.

Es ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, das Aufwachsen von Kindern, die Sorge für pflegebedürftige Angehörige und das Wohlergehen der sich sorgenden Menschen abzusichern. Die Weiterentwicklung der monetären Leistungen zu einer ausreichenden Existenzgrundlage, der Ausbau einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuungsinfrastruktur sowie

die Freistellung von Zeit für Familienleben sind hierfür wichtige Schritte.

Für das Zukunftsforum Familie zeigen sich grundlegende Herausforderungen, denen wir uns auch in Zukunft stellen:

- Die Ausrichtung aktueller Systeme (Recht, Steuern, Bildung, Erziehung, Infrastruktur) an den Bedürfnissen von Familien.
- Der sozial gerechte Familienlastenausgleich, der alle Familien erreicht.
- Die Anerkennung familiärer Zeitbedarfe und unterschiedlicher Familienmodelle in der Arbeitswelt und dem öffentlichen Leben.
- Die Umverteilung familiärer Sorgearbeit hin zu Modellen der Partnerschaftlichkeit.
- Die Gleichberechtigung für alle Familienformen und die Anerkennung von Vielfalt.

- Das Recht auf Familie für alle, d.h. auch für Menschen, die nach Deutschland bzw. in die Europäische Union einwandern.
- Die Übertragung des Grundgedankens der Inklusion auf eine gute Politik für Familien.
- Die Balance im Spannungsverhältnis von Sorgeverantwortung und individueller Selbstbestimmung.

Wenn wir gute Politik für Familien gestalten wollen, so müssen wir beides immer im Blick haben: Das Bedürfnis sowie die gesellschaftliche Notwendigkeit der Sorge und den Wandel des familiären Zusammenlebens. Für das Zukunftsforum Familie gelingt dies insbesondere dann, wenn nicht von den bestehenden Strukturen, sondern vom tatsächlichen Familienleben ausgegangen wird: Nicht die Familien müssen sich an die Strukturen angleichen, sondern die Strukturen sind dafür da, Familien in ihrer Rolle als demokratische und solidarische Fürsorgegemeinschaft zu unterstützen!









zukunftsforum  
**familie** e.v.

Zukunftsforum Familie e.V.  
Markgrafenstraße 11  
10969 Berlin

Tel.: 030 25 92 728-20  
Fax: 030 25 92 728-60  
[info@zukunftsforum-familie.de](mailto:info@zukunftsforum-familie.de)  
[www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de)